

Montagsdemo

„Leistungsmissbrauch“

Unter dem Titel: „*Missbrauch nur marginal bei Hartz IV*“ berichtete der IKZ am 24.08.2006 über den Missbrauch von Sozialleistungen im Bereich der ARGE MK:

"Wir reden hier von der, Bekämpfung eines winzig kleinen Segments", so lautete das Fazit von ARGE-Geschäftsführer Ulrich Odebralski in einem Sachstandsbericht zum Thema Leistungsmissbrauch vor dem Kreis-Sozialausschuss. [...] "Das sind 0,24 %, über 99 Prozent unserer Klientel haben korrekte Angaben gemacht". [...] Selbstverständlich werde dem Leistungsmissbrauch nachgegangen, auch wenn er nur auf fehlerhaften Angaben beruhe. "Aber in der Quantität ist das nicht mit dem Missbrauch bei früheren Angaben in den Sozialämtern zu vergleichen", so der ARGE-Chef. Nur in 265 Fällen habe die ARGE ihre Leistungen einstellen müssen. "
<http://archiv.ikz-online.de>

Noch am 26.10.2005 mutmaßte Odebralski "Der echte, vorsätzliche Leistungsmissbrauch hat sich nach unseren Erkenntnissen in seinem Umfang nicht verändert. Das liegt nach unseren Schätzungen im Bereich von **fünf bis acht Prozent.**" (IKZ) Weiter heißt es: "Wir haben etwa 60.000 Leistungsbescheide erstellt. Lediglich 846 Personen sind dabei durch falsche Angaben aufgefallen - das sind auch nur 1,14 Prozent der Antragsteller", so Odebralski. Gleichwohl werde die Arge weiter gegen Missbrauch vorgehen, "dazu sind wir gesetzlich verpflichtet."
 „Seit Anfang dieses Jahres verfüge die Arge über einen eigenen Ermittlungsdienst. *“Die fünf Mitarbeiter haben bisher 184 Außendiensttermine wahrgenommen und dabei 28.500€ Einsparungen erwirkt.“*“ <http://www.maerkischerkreis.de>

Es bleibt zunächst festzustellen, dass es sich kein wirklich ernst zu nehmender Unternehmer leisten könnte, bei einem „Ausschuss“ von lediglich 0,24 % dermaßen unverhältnismäßig viel Geld zu investieren, wie es die die ARGE tut. Hier werden Steuergelder verbrannt, nicht nur in den Ermittlungsdienst.

Gespart wird, jedoch bei den Betroffenen und Beratungsstellen. Zunächst an der Qualifikation der eigenen Mitarbeiter, die zu einem unanständig hohen Anteil lediglich mit befristeten Arbeitsverträgen hingehalten werden. Davon zeugen die vorsorglich verschleierte wohl zweistellige Fehlerquote bei ALG II-Bescheiden, die wachsende Zahl von Klagen vor dem Sozialgericht, sowie eine unzureichende Kontrolle gegen Ausbeutung (StGB § 233) bei den 1-€-Job-Anbietern.

Außerdem werden legitime Ansprüche durch unrechtmäßigen Sanktionen gegen Erwerbslose, konstruieren von Bedarfsgemeinschaften und Verletzung der beamtenrechtlichen Informationspflicht zurückgehalten bzw. erschlichen.

Der wirkliche Missbrauch der Steuergelder liegt woanders:

- Unverantwortlich hohe Verwaltungskosten
- Fehlerhafte Software, Entwicklungskosten
- Verdeckte Subventionen für moderne „Sklavenhalter“
- Kosten für Widerspruchsverfahren und Gerichtskosten,
- Abzocke durch Kirchen und Gemeinden durch 1-€-Jobs
- Abbau von sozialpflichtigen Jobs durch billige 1-€-Kräfte

Weit erfolgreicher wäre die regelmäßige und sorgfältige Prüfung großer Konzerne durch qualifizierte Wirtschaftsprüfer:

Zweistelliger Milliardenbetrag geht verloren

„Deutsche Kapitalgesellschaften schleusen jährlich eine hohe zweistellige Milliardensumme am Fiskus vorbei, ein Großteil davon über das Ausland. Ein Sprecher des Bundesfinanzministeriums bestätigte in der Tendenz einen Bericht der Zeitung "Die Welt". Diese hatte unter Berufung auf ein internes Papier des Ministeriums von rund 65 Milliarden Euro an Gewinnen berichtete, die von den Firmen in Deutschland erzielt, aber nicht versteuert würden.“
[tagesschau.de](http://www.tagesschau.de), 14.06.2006

http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID5812486_REF1,00.html

DIE WIRKLICHE VERMEIDBARE KOSTENEXPLOSION IST HARTZ IV SELBST

S.E.I. aktiv Sauerländer Erwerbslosen-Initiative und Montagstreff im ALZ
Kontaktadresse: Armin Klügge, Hans Peeren, Ulrich Wockelmann
Tel.: 02371-29408, Fax: 02371-27619, eMail: Armin.Kluegge@gmx.de

- bitte lesen und weitergeben